



Medienkonferenz vom 28. September 2010 Finanzpolitische Perspektiven Kanton / Schwerpunkt Energiepolitik

Blaise Kropf, Präsident Grüne Kanton Bern, Grossrat

Es gilt das gesprochene Wort!

Finanz- und Energiepolitik im Interesse künftiger Generationen

Die Grossratsfraktion der Grünen spricht sich für eine nachhaltige Finanzpolitik im Interesse künftiger Generationen aus. Ebenso wenig nachhaltig wie neue Schulden sind die Vernachlässigung der Infrastruktur oder Leistungsabbau in Grundgebereichen wie der Bildung oder dem öffentlichen Verkehr. In der Energiepolitik wollen die Grünen mit einer breiten Kampagne zu einem Erfolg bei der Abstimmung über das Rahmenbewilligungsgesuch für das AKW Mühleberg beitragen.

Die Finanzpolitik wird zu einem zentralen Thema der nächsten Legislatur. Absehbar sind heftige Verteilungskämpfe um die knappen Mittel: Steuersenkungen sind bereits beschlossen, ein Sparpaket ist vom Regierungsrat in Aussicht gestellt, der Schuldenabbau ist verfassungsmässig vorgeschrieben, eine Verbesserung der Anstellungsbedingungen des Kantonspersonals dringend nötig, und schliesslich besteht erheblicher Investitionsbedarf.

Um in dieser konfliktbeladenen Situation zu nachhaltigen Entscheidungen zu kommen, braucht es saubere Entscheidungsgrundlagen: Die Grünen werden sich daher für die Einführung einer mittelfristigen Investitionsplanung engagieren, wie sie heute auf Gemeindeebene zu den *Basics* gehört. Weiter verlangen die Grünen eine kritische Evaluation der neuen Verwaltungsführung NEF, welche – wie von Grüner Seite bereits bei der Einführung befürchtet – zu zusätzlichem Aufwand, aber nicht zu mehr Steuerungsmöglichkeiten geführt hat. Die Grünen werden sich zudem klar gegen zusätzliche Steuersenkungen (Handänderungssteuer, Motorfahrzeugsteuer) engagieren; eine Annahme dieser Begehren würde die finanzielle Situation des Kantons weiter drastisch verschärfen.

Einem Primatwechsel bei den Pensionskassen – *dem* zentralen personalpolitischen Geschäft – stehen die Grünen nicht a priori ablehnend gegenüber. Unter der Voraussetzung, dass der Primatwechsel zu fairen Konditionen erfolgt (Übergangsfinanzierung, Deckungsgrad, Ausgestaltung Beitragsprimat), sprechen durchaus einige Gründe für den Wechsel. Allerdings zweifeln die Grünen daran, dass die finanziellen Rahmenbedingungen derzeit einen solchen Wechsel erlauben bzw. sinnvoll machen.

In der Bildungspolitik zeigen verwaltungsinterne («Wo drückt der Schuh?») wie auch externe Untersuchungen auf, dass bei der Entlohnung und den Arbeitsbedingungen Handlungsbedarf besteht. Der Umstand, dass der Kanton Bern gemäss dem *Bundesamt für Statistik* der einzige Kanton ist, in welchem seit 1995 die Bildungsausgaben abgenommen haben, unterstreicht dies zusätzlich. Die Grünen wollen mithelfen, bei den grossen Herausforderungen im Bildungswesen einen Schritt weiterzukommen.

Grüne Energie-Kampagne «Bern erneuerbar»

Für uns Grüne stehen die nächsten acht Monate ganz im Zeichen der Energiewende.

Im Februar 2011 findet die Abstimmung über die Vernehmlassung des Kantons Bern zum Rahmenbewilligungsgesuch für ein neues Atomkraftwerk in Mühleberg statt. Anschliessend kommt es im Mai zur Abstimmung über unsere Initiative *Bern erneuerbar*, das kantonale Energiegesetz und den Gegenvorschlag. Bereits im November 2010 findet in der Stadt Bern die Abstimmung über zwei energiepolitische Vorlagen statt, welche den Ausstieg der Stadt Bern aus der Atomenergie fordern. **Diese Abstimmungen sind alle gewinnbar.** Allerdings müssen wir uns den Abstimmungserfolg durch erfolgreiche Überzeugungsarbeit verdienen.

Am 26. April 2011 jährt sich die Katastrophe von Tschernobyl zum 25. Mal. Auch wenn die Atomenergie in der Zwischenzeit kein Jota sicherer geworden ist, so gibt es mittlerweile doch eine Generation, die Tschernobyl nur aus dem Geschichtsbuch kennt. Umso wichtiger ist es für uns, die Gefahren der Atomenergie zu thematisieren. Dazu gehört auch der Umstand, dass es weiterhin weltweit kein einziges Endlager für radioaktiven Müll gibt.

Viel Mut macht uns die starke Anti-Atombewegung in Deutschland. Der breit abgestützte, virulente Widerstand zeigt auf, dass Atomenergie weiterhin ein enormes Mobilisierungspotential aufweist. **Wir Grünen wollen dazu beitragen, dass die Weichen auf erneuerbare Energien und nicht auf ein weiteres halbes Jahrhundert Atomenergie gestellt werden.** Eine ablehnende Vernehmlassung zum Rahmenbewilligungsgesuch ist der erste Schritt.

Um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen, werden die *Grünen Kanton Bern* mit einer breiten Kampagne unter dem Titel **«Bern erneuerbar»** eine Informations- und Mobilisierungsoffensive starten. Geplant sind eine Veranstaltungsreihe mit prominenten Referenten auf kantonaler Ebene, dezentrale Diskussionen im ganzen Kanton und der gezielte Einsatz von Werbemitteln wie Inseraten, Flugblättern etc. Zur Veranstaltungsreihe ein paar zusätzliche Informationen:

Am Freitag, 26. November, werden wir Herrn Jürgen Trittin, Vorsitzender der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu einem Referat begrüßen dürfen. Jürgen Trittin wird über Entwicklung und Zukunftsszenarien der Atomenergie in Europa und speziell in Deutschland referieren. Wir freuen uns sehr, dass es uns gelungen ist, den Wortführer der deutschen Anti-Atombewegung und Fraktionsvorsitzenden unserer überaus erfolgreichen Schwesterpartei in Deutschland für diese Veranstaltung zu gewinnen.

Im Oktober 2010 wird der Historiker und Friedensforscher **Daniele Ganser** über **«Peak Oil – Der globale Kampf ums Erdöl und die kommenden Herausforderungen für die Schweiz»** referieren. Im Januar 2011 haben wir den Verfasser der vielzitierten Studie **«Stromeffizienz und erneuerbare Energien – wirtschaftliche Alternativen zu Grosskraftwerken»**, **Rolf Iten**, einladen können.